Sozialdemokratische Partei Deutschlands **SPD**

SPD-Fraktion-c/o Rathaus- 48723 Billerbeck

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Billerbeck
Rathaus
48723 Billerbeck
Tel: 02543-25589
Fax: 02543-25583
eMail info@spd-billerbeck.de
www.spd-billerbeck.de

21. Januar.2007

Anmerkungen der SPD-Fraktion zum Haushalt 2007 der Stadt Billerbeck

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor uns liegt der Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2007.

„ Ein Rekordaufkommen bei der **Gewerbesteuer** hat für Entspannung in den Haushalten der Kommunen gesorgt “, so positiv bilanzierte der Deutsche Städtetag die Entwicklung der kommunalen Einnahmen. Wichtigster Grund für die Beruhigung ist die Renaissance der Gewerbesteuer. Dies sehen wir Billerbecker Sozialdemokraten mit Genugtuung. Wir sind erleichtert, dass die stetigen Forderungen führender Unionspolitiker – die Gewerbesteuer abzuschaffen, dank der SPD in der großen Koalition in Berlin keine Chance auf eine Mehrheit hatte. Ich erinnere an dieser Stelle an die hier im Hause politisch geführte Diskussion zur Gewerbesteuer. Mit dem Wegfall dieser Steuer – eine Alternativeinnahmequelle war den Städten und Gemeinden auch nicht in Aussicht gestellt - wäre eine wichtige kommunale Finanzquelle versiegt.
Nun aber werden auch wir in Billerbeck von dieser positiven Entwicklung profitieren und dieses sehr deutlich in unserem Haushalt spüren.
So kann es uns in den kommenden Jahren gelingen, einen ausgeglichenen Haushalt zu präsentieren und unsere immer noch hohen Schulden abzubauen. Dies erfordert aber eine große Entschlossenheit und professionelle Politik.
Ob wir in Billerbeck allerdings positiv vorankommen wird davon abhängen, ob die Verwaltungsspitze – anders als in den vergangenen zwei Jahren – bereit ist, mit dem Rat ernsthaft zusammen zu arbeiten.

Ich muss hier sehr deutlich Kritik anbringen. Es kann nicht sein, dass die Ratsmitglieder – die gewählten Vertreter der Stadt Billerbeck – immer wieder vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Der Rat ist kein Organ zum „Abnicken“. Sogar bei so wichtigen Themen wie „Konzept der Ganztagshauptschule“ ist dies so praktiziert worden. Auf die Finanzierung dieses Projektes werde ich an anderer Stelle noch einmal eingehen.

Es geht im Rathaus zu sehr um Events und Absichten, die von der Bürgermeisterin in den Medien präsentiert werden. Auch ihre Anmerkungen bei der Einbringung des Haushalts im vergangenen Monat waren gespickt mit diesen nach Effekt haschenden Themen, die zudem auch noch enorme Kosten verursachen. Als Chefin der Verwaltung haben Sie – Frau Bürgermeisterin – das Organisieren von Events zum obersten Gestaltungsprinzip in unserer Stadt erhoben. Das mag anfangs erfolgreich sein. Doch früher oder später wird Sie die Frage einholen, wohin Sie die Stadt Billerbeck zu führen gedenken. Gefragt ist eine kontinuierliche Stadtentwicklungspolitik, die in Billerbeck auf der Strecke bleibt, wie zum Beispiel:

- Ausweisung neuer Gewerbeflächen
- Realisierung der neuen Umgehungsstraße
- konkrete Maßnahmen gegen das völlige Ausbluten der Innenstadt
- die Zukunftssicherung aller 3 Schulen in Billerbeck
- die endgültige Sanierung des Freibades
- der Erhalt der Musikschule.

Dazu wünschten nicht nur die Ratsmitglieder gerne mehr als nur Allgemeinplätze zu hören. In Ihrer Haushaltsrede bleiben Sie zu all diesen wichtigen Themen blass und unverbindlich.
Billerbeck wird sich nur positiv entwickeln können mit langfristigen Konzepten und vor allem mit einer klaren Linie der Verwaltung. Aber genau hieran fehlt es.

Dies ist auch nicht damit auszugleichen, indem die Bürgermeisterin auf jeden Zug aufspringt, der im Internet oder sonst wo vorbeifährt und wo von irgendwelchen Stellen Geld in Aussicht gestellt wird. Die Ergebnisse dieser kurzfristigen und sprunghaften Aktionen können ganz nett sein, aber sie bleiben beliebig und bringen Billerbeck grundlegend kein bisschen weiter.

Ein wichtiges Ziel der **Stadtentwicklungspolitik** in Billerbeck muss die Schaffung von Arbeitsplätzen sein. Die Stadt hat sicherlich wenig Möglichkeiten, direkt Arbeitsplätze anzubieten. Durch die Planung und Realisierung von Gewerbegebieten kann sie aber den Rahmen für die Betriebe und Unternehmen schaffen. Hier hat sich die CDU-Fraktion selbst blockiert. Ich zitiere sinngemäß den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU- Fraktion Herrn Dübbelde, der sich dafür ausspricht nur noch städtische Flächen für Entwicklungsmaßnahmen zu überplanen. Das wäre der Ausverkauf der städtischen Handlungsfähigkeit. Die gesetzlichen Möglichkeiten einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung müssen wie bisher genutzt werden. Vorausschauende Politik ist offensichtlich Mangelware im Rathaus.

Öffentliches Handeln und somit die politischen Ziele einer Stadt haben sich am Gemeinwohl zu orientieren.

Auch wenn der ein oder andere Grundstückseigentümer sich quer stellt, muss eine am Gemeinwohl orientierte Planung durchgesetzt werden. Die Instrumente – z. B. Umlegungsverfahren – müssen nur genutzt werden. Mut und Weitsicht sowie Verantwortung sind gefragt, Frau Bürgermeisterin und meine Damen und Herren der CDU-Fraktion. Mit Absichtserklärungen allein werden wir zukünftig keine neuen Betriebe in Billerbeck ansiedeln und somit auch keine neuen Arbeitsplätze schaffen können.

Ebenso ist es mit der konkreten Umsetzung der **neuen Umgehungsstraße** von der Coesfelder Straße zum Gewerbegebiet Hamern, um insbesondere die Osterwicker Straße zu entlasten und somit auch für mehr Sicherheit zu sorgen und um neue zukünftige Wohngebiete zu erschließen. Beim geringsten Widerstand eines Grundstückseigentümers heißt es: „Stopp“. „Der Bürger macht nicht mit“, heißt es dann und das Projekt liegt auf Eis. Man kann keine Politik gegen die Bürger machen, aber mit Ihrer Politik, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, wird Billerbeck Schiffbruch erleiden. Wo bleiben die Visionen für die Zukunft Billerbecks? Ich fordere die Bürgermeisterin auf, zügig die Planung umzusetzen. Die Mehrheitsfraktion muss den Mut haben, im Interesse der Stadt Billerbeck – auch gegen den Willen Einzelner, Ziele zu verfolgen und Planungsvorhaben voranzubringen.

Die **Windeltonne** war in den vergangenen zwei Haushaltsplanberatungen ein brisantes Thema. Die Argumente der Vergangenheit – pro Windeltonne – sind heute genauso richtig wie 2005 und 2006. Wir Sozialdemokraten setzen uns nach wie vor für jungen Familien mit Kindern ein und begrüßen, dass dieses Thema Konsens im Rat findet.

Die SPD-Fraktion steht zur **Musikschule**. Die Musikschule hat es in den letzten Jahren geschafft, die Kosten zu reduzieren und trotzdem die Qualität zu bewahren. Wer der Kooperation der Gemeinden im Kreis Coesfeld das Wort redet, darf diese Forderung bei der Musikschule nicht vergessen. Nichts anderes ist der Zweckverband der Musikschule, ein freiwilliger Zusammenschluss der Gemeinden Coesfeld, Rosendahl und Billerbeck. Warum haben die drei Gemeinden diesen Zweckverband wohl gegründet? Effektive musikalische Erziehung bei günstigen Kosten. Dass die Musikschule ihr Angebot durchaus optimieren darf und muss (z. B. musikalische Früherziehung), steht außer Frage. Auch kann man private Konkurrenz nicht verbieten, aber man muss sie auch nicht unterstützen (z. B. Raumüberlassung). Es ist die Frage zu beantworten, ob man die Musikschule als Zweckverband in der heutigen Form will oder nicht. Wir Sozialdemokraten wollen sie. Ich fordere insbesondere die Mehrheitsfraktion auf, die Katze aus dem Sack zu lasssen.

Enttäuscht sind wir Sozialdemokraten, dass die **barrierefreie Umgestaltung** des Rathauses keine konkrete Formen annimmt. Absichtserklärungen – dies ab dem Jahr 2009 zu prüfen – ist für uns zu wenig. Wir können Menschen mit Behinderung,

die nicht in der Lage sind, den Ratssaal zu betreten, nicht von der öffentlichen politischen Diskussion ausschließen. Wir müssen als Übergang prüfen – wie bereits von mir in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses schon vorgeschlagen – ob die Landwirtschaftsschule für Sitzungen genutzt werden kann.

Parallel dazu müssen entsprechende Umbaupläne für das Rathaus entwickelt und auch umgesetzt werden. Bei diesem Thema werden wir Sozialdemokraten nicht locker lassen.

Eine lange Forderung der Sozialdemokraten findet sich im Haushaltsplan wieder. So soll das **Baugebiet „Gantweger Bach“** nicht über die GiWO, sondern über den städtischen Haushalt abgewickelt werden. Im Haushaltsjahr 2008 sind insgesamt 500000,00 € eingeplant, die den Gestaltungsspielraum der Stadt Billerbeck vergrößern sollen. Leider werden diese Mittel aber für die völlig verfehlte Finanzpolitik im Rathaus nur zum Stopfen von Haushaltslöchern dringend benötigt. Die Fehlplanungen und Fehlkalkulationen im Zusammenhang mit der Ganztagshauptschule werden mehr als diese Mittel benötigen. Neuer finanzieller Gestaltungsspielraum der Stadt: „ gleich Null“.

Was Sie – Frau Bürgermeisterin – den Ratsvertretern und Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Billerbeck in Sachen Planung und Finanzierung **Ganztagshauptschule** zugemutet haben, gleicht schon einem Stück aus dem Tollhaus. Wir reden hier nicht über Beträge von 100,00 oder gar 1000,00 €, nein hier geht es um einen Millionenbetrag. Die frühzeitigen Bedenken der Sozialdemokraten in finanzieller Hinsicht haben Sie nicht ernst genommen. Diese totale Fehlkalkulation der Verwaltung – Umbau der Hauptschule kostet 1,2 Millionen € mehr, mal eben so! – hat dazu geführt, dass das Vertrauen in die Verwaltung weiter schwindet, nicht nur bei den Sozialdemokraten sondern auch beim Bürger. Die finanzielle Zeche muss der Bürger zahlen. Die notwendige Sanierung der Realschule wird in die Zeit gestellt, die des Freibades stark gefährdet. Viele weitere Maßnahmen bleiben auf der Strecke. Die Verantwortung dafür tragen Sie, Frau Bürgermeisterin.
Ich darf Sie – Frau Bürgermeisterin – noch daran erinnern, dass ich in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses mehrmals- mit Unterstützung von Herrn Fehmer - vehement beantragt habe, eine transparente, für jedermann nachvollziehbare Kostenaufstellung im Zusammenhang mit der Planung und Finanzierung der Ganztagshauptschule den Ratsmitgliedern zukommen zu lassen. Dabei sollten die Planungen und Finanzierungen „Alt und Neu“ gegenübergestellt werden. In der SPD-Fraktion sind diese Unterlagen jedenfalls nicht angekommen. Ignoranz gegenüber den gewählten Mitgliedern des Rates oder einfach Unfähigkeit der Verwaltungsleitung?
Im Zusammenhang mit den Planungen der Ganztagshauptschule muss sich die Verwaltung die Frage gefallen lassen, wie es denn mit dem Schulentwicklungsplan in der Stadt Billerbeck aussieht? Wann ist er das letzte Mal fortgeschrieben worden? Hätte es nicht Sinn gemacht, vor der drohenden Einzügigkeit der Hauptschule die Schulentwicklungsplanung voranzutreiben, um Planungssicherheit zu haben, und das insbesondere vor dem Ausgeben von Millionenbeträgen?

Daher begrüßen wir Sozialdemokraten, dass während der Beratungen des Haushaltes der Antrag der SPD-Fraktion eine Mehrheit gefunden hat, 5000 € für die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes in den Haushaltsplan einzustellen. Für eine zukünftige an Zahlen, Daten und Fakten orientierte Schulpolitik unverzichtbar. Bei aller Kritik zum bisherigen Verfahren darf ich betonen: Wir Sozialdemokraten werden uns die Idee der Ganztagsschule von niemandem nehmen lassen und werden auch weiterhin dafür eintreten. Den bisher beschrittenen Weg dahin hätten wir uns allerdings anders vorgestellt.

Ich muss hier noch auf einen Punkt eingehen, den die Bürgermeisterin in ihrer Etatrede angesprochen hat. Die **„pauschale Kritik an der Verwaltung“.** Wir Sozialdemokraten nehmen für uns in Anspruch, die Verwaltung zu kontrollieren. Das ist unsere originäre Aufgabe, dafür sind wir vom Bürger gewählt worden. Wenn die Bürgermeisterin nicht in der Lage ist, der Verwaltung die nötige Orientierung zu geben und immer häufiger Fehler passieren, auf die wir hinweisen, dann ist das keine pauschale Kritik an der Verwaltung, sondern unsere Aufgabe. Unsere Kritik richtet sich auch nicht an den Maurer oder Straßenbauer am Bauhof oder die Sachbearbeiterin im Sozialamt, die sehr engagiert ihre Pflicht erfüllen, das weiß ich sehr wohl
Übrigens sollten Sie – Frau Bürgermeisterin – die Aufgaben der Ratsmitglieder kennen, Sie waren ja auch mal Ratsmitglied.

Zum gegenseitigen Verständnis und zur vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Bürgermeisterin und den Fraktionen gehört auch ein Meinungsaustausch. Sie, Frau Dirks sind zu jedem Verein, jeder Behörde, jeder Initiative gelaufen, um sich und ihre Ziele vorzustellen. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie – Frau Bürgermeisterin – es in fast 2 ½ Jahren wenigstens einmal geschafft hätten, auch der SPD-Fraktion einen Antrittsbesuch abzustatten. 30 Jahre gehöre ich diesem Rat inzwischen an. Alle Ihre Vorgänger im Amt des Verwaltungschefs haben in dieser Zeit die SPD-Fraktion besucht und mit uns einen konstruktiven Dialog geführt.
Von einer Bürgermeisterin, die von sich behauptet sie sei unabhängig, hätte ich dieses erst recht erwartet.

In den Zeiten der SPD-geführten Landesregierung war von Seiten der CDU-Fraktion immer zu hören, das **Land spart auf Kosten der Gemeinden.** Nun frage ich Sie – meine sehr verehrten Damen und Herren der CDU-Fraktion – wie sieht es denn mit der Sparpolitik der CDU-geführten Landesregierung aus? Vor der Landtagswahl hat man die Kürzungen der damaligen Landesregierung kritisiert, jetzt kürzt man zu Lasten der Städte und Gemeinden noch kräftiger. Was schert mich mein Geschwätz von gestern? Wie die Landesregierung mit den Interessen der Städte und Gemeinden umgeht, war auch in den „Westfälischen Nachrichten“ vom 6. Januar 2007 nachzulesen. Nach Informationen von MdL André Stinka im Landtag NRW hat Landwirtschaftsminister Eckhard Uhlenberg zur Kritik der Münsterländer Landräte zu Kürzungsplänen gesagt: „Wenn Bürgermeister und Landräte an die Landesregierung schreiben, sollte man das nicht zu ernst nehmen“. Deutlicher kann man Missachtung von Kommunalpolitik und Interessenvertretung vor Ort nicht ausdrücken.
(Ungläubigen empfehle ich als Lektüre das Protokoll der Sitzung im Landtag).

Den Haushalt 2006 hat die SPD-Fraktion mitgetragen. Wir haben sowohl der Bürgermeisterin wie auch der CDU-Fraktion die Hand gereicht und waren bereit, gemeinsam Verantwortung zu tragen.

Insbesondere die Planung, Finanzierung und Umsetzung der Ganztagshauptschule – wie bereits ausgeführt - haben bei der SPD-Fraktion nicht nur Kopfschütteln ausgelöst. Nein, unser Vertrauen in die Verwaltung hat stark gelitten.

Diesen Haushalt – mit Ausnahme des Stellenplans - können und werden wir nicht mittragen.
Dennoch möchte ich dem Kämmerer der Stadt Billerbeck, Stadtoberamtsrat Peter Melzner, stellvertretend für alle Beschäftigten im Rathaus meinen Dank für die Vorbereitung dieses Haushaltsplanes aussprechen. Ich weiß, wie viel Arbeit in diesem Werk steckt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die SPD-Fraktion

Peter Nowak